

Miteinander leben in Essen

Über die Bedeutung von Sprache, Arbeit und Ehrenamt – in Essen und NRW

Nordrhein-Westfalen hat in Punkto Migration langjährige Erfahrung. So viele Zuwanderer_innen wie hier gibt es in keinem anderem deutschen Bundesland. Auch die Stadt Essen ist ein Ort der Vielfalt. Unterschiedliche Herkünfte und Nationen prägten schon immer das Stadtbild und gehören zur Tradition Essens. „Eine große Zahl Ehrenamtlicher engagiert sich und heißt die Geflüchteten willkommen. Doch es gibt auch Ängste in der Bevölkerung, die wir ernstnehmen müssen“, sagte die Leiterin des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung, Petra Wilke, und rief zum Dialog auf. Zum Auftakt der dritten Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Miteinander in NRW“ äußerte sich Landesjustizminister Thomas Kutschaty (SPD): „Die Menschen dürfen natürlich Fragen haben und ihre Ängste formulieren, aktuell ist manches allerdings Hysterie.“ Die Herausforderungen müssten Schritt für Schritt gemeistert werden. „Es gibt keinen Masterplan“, erläuterte der Minister.

Am 67. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes warnte der Essener Landtagsabgeordnete auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Carl vor fremdenfeindlichen Einstellungen. „Die Würde des Menschen – nicht die Würde des Deutschen – ist nach Artikel 1 unseres Grundgesetzes unantastbar. Würde ist für alle da“, betonte er. Den Herausforderungen, die die Flüchtlingssituation mit sich bringe, sei mit



Respekt und in Kenntnis der Fakten zu begegnen. „Das gilt auch bei der Unterbringung, die wir so gestalten, dass niemand überfordert wird“, äußerte sich Kutschaty. Es gelte, nicht die günstigste Unterbringung zu wählen, sondern auch die sozialen Gefüge vor Ort im Blick zu haben.

Davon, wie das Zusammenleben in Essen aus der Sicht von Geflüchteten funktioniert, berichteten Louai Alhanon und Nawaf Alaslman. Der 35-jährige Alhanon ist zweifacher Familienvater und



stammt aus der Nähe der syrischen Stadt Homs. Vor beinahe einem Jahr begann er seine Flucht von Damaskus aus, bestieg im Libanon ein Schlauchboot und absolvierte zu Fuß die Balkanroute, bis er über Hannover nach Essen kam. Vor fünf Monaten zog Alhanon in die Geflüchtetenunterkunft Hülsenbruchstraße. „Inzwischen wohne ich in einer Privatwohnung und mein Status ist anerkannt“, sagte der Ingenieur für Elektrotechnik, der derzeit einen

Deutschkursus absolviert. „Essen ist eine schöne Stadt und hat freundliche Menschen. Ich hoffe, meine Familie hierher nachholen zu können“, äußerte sich Alhanon. Frust aufgrund langer Verfahren und Bearbeitungszeiten der Ämter und Behörden in Deutschland empfinde er nicht: „Die Wartezeiten sind ok. Auch die Behörden vor Ort sind ja unter Druck.“

Als Journalist arbeitete der 38-jährige Alasliman im Nordirak. Vor der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) flüchtete er über die Balkanroute und das Meer. Vor zwei Monaten kam der Iraker zusammen mit seiner Familie in Essen an, sein Asylverfahren läuft. Seitdem lebt die Familie in einem Zeltdorf im Essener Stadtteil Burgaltendorf. „Noch bis vor zwei Jahren haben wir – Muslime, Christen und Jesiden – in Frieden und Sicherheit gewohnt. Am 3. August 2014 hat sich mit dem Einmarsch des IS alles geändert“, machte Alasliman deutlich. Die Terrororganisation habe versucht, ihn wegen seines Berufs zu ermorden. „Ich bin dankbar, dass ich nun hier sein kann“, sagte er.

Rund 7.000 Geflüchtete wie Alhanon und Alasliman befinden sich aktuell in Essen. „Mehr als 4.000 von ihnen leben noch in Zeltdörfern. Bis zum Winter wollen wir das ändern, aber das ist eine große Herausforderung“, betonte der Flüchtlingskoordinator der Stadt Essen, Harald Filip. „Ohne das Zusammenwirken von staatlichen Institutionen, Wohlfahrtsorganisationen und Ehrenamt hätten wir den Zuzug der bisher 4.500 Männer und 2.500 Frauen nicht geschafft“, machte er dankbar deutlich. Zusammen mit Kutschaty, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Essen, Klaus Peters, der Superintendentin des Evangelischen Kirchenkreises Essen, Marion Greve, und der Sprecherin des Runden Tisches Hülsenbruchstraße, Dagmar Barkhofen, stellte sich Filip den Fragen von Moderatorin Priya Bathe.

Dass die Unterbringung der Geflüchteten nur der erste Schritt auf dem Weg zur Integration sei, erklärte Barkhofen: „Wir müssen die Menschen in die Lage versetzen, zu kommunizieren. Um das Zusammenleben in unserem Land zu erklären, verteilen wir auch das deutsche Grundgesetz auf arabisch.“ Die Einrichtung Hülsenbruchstraße befindet sich in Trägerschaft der Diakonie. Maximal 200 Geflüchtete finden in ihr



Platz. „Viele, die sich dort oder an anderer Stelle in der Flüchtlingshilfe engagieren, entdecken was es heißt, christlich zu leben“, sagte Greve.



Peters verwies auf die gute Beschäftigungsbasis in der Stadt Essen, auf die bei der weiteren Integration der Geflüchteten gebaut werden könne. „Wir wollen möglichst viele Menschen schnell erreichen und sprechen sie in Sprachkursen auf unsere Integrations-Veranstaltungen an“, erläuterte der Leiter der Agentur für Arbeit Essen und ergänzte: „Wir haben für jeden ein Angebot. Doch es ist nicht der erste Schritt, einen Job anzubieten.“ Nach der Sprache stehe eine berufliche Orientierung an. „Fertigkeiten müssen geprüft, Zeugnisse besorgt werden“, sagte Peters.

Dass Integration bereits bei Kindern beginnen muss, darauf verwies Filip. „Kinder lernen untereinander schnell. Und von ihrem Austausch über Sprache und Kultur profitieren langfristig Alle“, stimmte ihm Justizminister Kutschat zu. Der lobte die Initiative auch von Privatpersonen, Deutsch zu lehren: „Ob auf politischer oder ehrenamtlicher Ebene gilt: nicht nur reden, einfach mal machen. Unterbreiten Sie auch weiterhin all Ihre Angebote zur Integration. Das ist genau richtig.“



--

Textautor: Marcus Hammes, Journalistenbüro Köln
Redakteur: Martin Pfafferott, Landesbüro NRW der FES
Fotos: Gerhard P. Müller